

Pressemitteilung
Kiel, 11.02.2002

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Gesundheitspolitik: Die Politik muss das Heft in der Hand behalten

In seinem Grußwort an die Mitgliederversammlung 2002 der Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein, sagte heute der SSW-Landtagsabgeordnete Lars Harms unter anderem:

□Wie sie wissen, ist der SSW im Kreis Nordfriesland einer der treibenden Kräfte beim Bürgerbegehren gegen den Verkauf der kreiseigenen Krankenhäuser. Diese Initiative beruht auf der Feststellung, dass die verantwortliche Politik nicht nur entscheiden, sondern auch selbst Handeln sollte. Wenn Sie so wollen, erwarten wir immer auch soziale Verantwortung, wenn es um Gesundheitsfragen und Daseinsvorsorge geht. Der SSW steht zwar zur Modernisierung der Finanzierungs- und Steuerungsinstrumente im Gesundheitssektor. Allerdings behalten wir uns vor, nicht alles für richtig zu halten, was heute in der deutschen Gesundheitspolitik als □modern□ gilt. Dazu gehört vor allem die Vorstellung, dass die Entwicklung unseres Gesundheitswesens überwiegend Aufgabe der beteiligten Leistungsanbieter und Kostenträger ist. Wir meinen, dass die Politik das Heft in der Hand behalten muss, wenn es darum geht, gesundheitspolitische Prioritäten zu setzen. Zur politischen Verantwortung gehört auch die Frage nach der Finanzierbarkeit von gesundheitlichen Leistungen. Der SSW ist gegen eine Privatisierung gesundheitlicher Risiken. Trotzdem kommen wir nicht um die



Diskussion herum, was wirklich erforderlich und bezahlbar ist – zumindest so lange wir nicht grundlegende und teure Mängel unseres Gesundheitswesens beheben. Als SSW haben wir ja einen besonderen Draht zur Gesundheitspolitik nördlich der Grenze, wo wir die politische Steuerung von Mengen und Leistungen in der Gesundheitspolitik genauer studieren können. Auch wenn uns nicht immer gefällt, was wir sehen, so kommen wir nicht umhin, dass wir auch hierzulande einmal solche Fragen aufgreifen und eingehend diskutieren. Aber nur demokratisch gewählte Politikerinnen und Politiker sind auch legitimiert Prioritäten dafür zu setzen, was noch geleistet wird – und vor allem was nicht mehr geleistet werden kann.

